

Sächsische Volkszeitung

Bestandteil des Sächsischen Volkskalenders. Preis 50 Pf. (ohne Postgebühren).
Verleger: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudammstr. 10.

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Abonnenten werden die Sächsische Volkszeitung oder deren Raum mit
15 Pf. (Dresden) bei Wiederholung Lebensversicherungsbeitrag.
Wachdruckerei, Neudammstr. 10, Dresden.
Verleger: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neudammstr. 10.

Die sozialdemokratische Moral als Schrittmacher des Scharfmachertums.

„Und der Herr gab dem Moses nach Beendigung dieser Reden auf dem Berg Sinai zwei steinerne Tafeln des Zeugnisses“ — so beschließt 2. Mos. 31, 18 die Gesetzgebung auf dem Sinai und Moses brachte das Gesetz Gottes seinem Volke, worinnen geschrieben stand: Du sollst nicht lügen! Der Ruhm des Moses hat den Genossen Kautsky nicht schlafen lassen. Und so setzt er sich hin und gab seinem ausgewählten Volk der Genossen ein neues Gesetz, worinnen geschrieben steht: Du darfst lügen. Der Zweck heiligt das Mittel!

Es hat vor kurzem nicht geringes Erstaunen erregt — wenigstens bei denjenigen, welche die Genossen und ihre Praxis nicht kannten — daß Kautsky in der „Neuen Zeit“ diesen verwerflichen Grundsatz als oberstes Leitmotiv für das Verhalten der Genossen ausgab.

Kautsky ist nun unter dem „verfälschenden“ Einfluß des Sozialismus so weit entfernt, sich der Verwerflichkeit seines Grundgedankes bewußt zu sein, daß er vielmehr denselben verteidigt und „wissenschaftlich“ zu rechtfertigen sucht. In seinem eben ausgegebenen Buche „Ethik und materialistische Geschichtsauffassung“, Stuttgart, Dieck 1906 (S. 106—107) leistet er sich folgenden Beispielsatz:

„Die herkömmliche Ethik erblickt in dem Sittengesetz die Kraft, die das Verhältnis des Menschen zum Menschen regelt. Da sie vom Individuum, nicht von der Gesellschaft ausgeht, übersieht sie vollständig, daß das Sittengesetz nicht den Verkehr des Menschen mit jedem anderen Menschen regelt, sondern bloß den Verkehr des Menschen mit Menschen der gleichen Gesellschaft. Daß es nur für diese gilt, wird begreiflich, wenn man sich den Ursprung der sozialen Triebe vergegenwärtigt.“

„In ein ähnliches Verhältnis kommen die menschlichen Tugenden, sobald Jagd und Krieg unter ihnen aufkommen. Eine der wichtigsten Formen des Kampfes ums Dasein wird jetzt unter ihnen der Kampf der Herde gegen andere Herden derselben Art. Der Mensch, der nicht Mitglied der eigenen Gesellschaft ist, wird jetzt direkt zum Feinde. Die sozialen Triebe gelten nicht nur für ihn, sondern gegen ihn. Je stärker sie sind, desto fester hält die Herde zusammen gegen den äußeren Feind, desto energischer bekämpft sie diesen. Die sozialen Tugenden, Hilfsbereitschaft, Opfermut, Wahrheitsliebe usw., gelten nur den Genossen, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation.“

„Man hat es mir einmal sehr verübelt, als ich diese Tatsache in der „Neuen Zeit“ konstatierte, und meine Feststellung so gedeutet, als hätte ich da ein besonderes sozialdemokratisches Moralprinzip feststellen wollen, im Gegensatz zu den Grundsätzen des ewigen Sittengesetzes, das da unbedingte Wahrhaftigkeit gegen jedermann erheischt. In Wirklichkeit habe ich nur ausgesprochen, was seit der Menschwerdung unserer Vorfahren stets als Sittengesetz in der menschlichen Brust gelebt, daß dem Feinde gegenüber die sozialen Tugenden nicht geboten sind.“

Vor allem rühmt Kautsky an dieser seiner „neuen“ Moral, die übrigens uralt ist und bereits von Kain gegenüber seinem Bruder Abel beobachtet wurde, daß sie dem Klassenbewußtsein der Proletariat die Waffen schmiedet für den Kampf der Gegenwart, denn es gelte ja jetzt nicht bloß die Geschichte zu verleben, sondern „besser als bisher zu machen.“ (S. VIII.)

Allerdings den Kampf, den brutalen Kampf, den Kampf mit allen Mitteln heiligt diese „Moral“; aber ist der Gewalt und das Recht des Stärkeren proklamiert als oberstes Moralprinzip? Ist sie geeignet, das Scharfmachertum von seinem Herrenmoralstandpunkt, seinem Gewaltmenschenhum abzubringen oder rechtfertigt sie das nicht vielmehr glänzende? Niemals ist diesem Scharfmachertum ein Bundesgenosse so willkommen gewesen, als es diese „neue“ Gewaltmoral der Sozialdemokratie ist.

Die sozialen Tugenden Hilfsbereitschaft . . . gelten nur für den Genossen, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation“, ruft Kautsky für das Proletariat. — „Die sozialen Tugenden Opfermut, Wahrheitsliebe gelten nur dem Mitglied der Kapitalistenklasse, nicht für das Mitglied einer anderen gesellschaftlichen Organisation“, antwortet das Scharfmachertum! Also fort mit aller Sozialpolitik, fort mit dieser Humanitätsbuselei; es gilt das Recht des Stärkeren, und die sind wir!

Was kann die Sozialdemokratie geltend machen dagegen? Nichts und abermals nichts. Wer die soziale Frage zur bloßen Machtfrage erklärt, wer für die Entscheidung dieser Machtfrage das Recht des Stärkeren als letzte Instanz geltend macht, hat gar kein Recht, sich zu entrüsten, wenn ihm seine eigene Ansicht als Echo auf seinen Ruf entgegenfällt. Wie man in den Wald hineinschreit, so schallt es heraus. Wer Gewalt hineinruft, kann nicht erwarten, daß das Echo Gerechtigkeit antwortet. Gewalt ist die Antwort und den Schaden hat die Arbeiterklasse.

Mit welchem Rechte schimpft nun die ganze sozialdemokratische Presse über Gewaltmoral und Herrenmoral? Herr Kautsky funktioniert dieses Vorgehen und erteilt als Papst des Marxismus dem Scharfmachertum für seine Befehdung der Arbeiterklasse seinen Segen. Er approbiert die Gewalt, die Lüge, den Betrug, die Ausbeutung, kurz alle Mittel, mit denen man nach der

Praxis Machiavellis und dem Beispiel von Keineke auch die Interessen der eigenen Genossenschaft gegen andere gesellschaftliche Organisationen verteidigen kann.

Entweder ist diese Klassenkampfmoral, wie sie die Sozialdemokratie proklamiert, wahr, dann ist das Scharfmachertum im Recht, wenn es gleichfalls darnach handelt, und die Sozialdemokratie hat kein Recht, darüber nur das leiseste Wort zu sagen; oder aber sie enttrüfelt sich durch, brandmarkt das als unerhörten Frevel, als himmelschreiende Rechtsverletzung, Niedertretung des Rechts und was dergleichen sozialdemokratische Kraftmeiereiphrasen noch mehr sind, und dann verweigert sie ihren eigenen Standpunkt.

Kautsky hat offen gezeigt, was die Klassenkampfmoral der Sozialdemokratie bedeutet, daß auf dem Boden dieser „Ethik“ die Massen nicht liegen, mit denen der aufstrebende Arbeiterstand seine Interessen verteidigen kann, daß sie vielmehr dort liegen, wo man statt mit der brutalen Gewalt mit der Verungung auf Recht und Gerechtigkeit diesen Kampf auskämpft im Namen des höchsten sittlichen Ideals.

So bedeutet Kautskys „neue Ethik“ eine glänzende Anerkennung und Rechtfertigung des christlichen Sittengesetzes als des besten Wortes der sozialen Gerechtigkeit, und dafür sei Kautsky der herzlichste Dank gesagt, daß er die sozialdemokratische Moral in ihrer ganzen Spohheit aller Welt vorgeführt hat.

Deutscher Reichstag.

K. Berlin, 20. Sitzung am 22. Februar 1906.

Das Haus tritt in die 1. Lesung des deutsch-amerikanischen Handelsabkommens ein. Reichsanwalt Fürst Hülow: Die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten haben nicht zu einem rechtlichen Handelsvertrag geführt. Es ist nur ein Provisorium bis 1.3.11 1907 abgeschlossen worden, nach welchem mit den Vereinigten Staaten die Sätze unserer Handelsverträge einräumen. Ein Zollkrieg liegt nicht im deutschen Interesse, aber auch nicht in dem von den Vereinigten Staaten. Jetzt handelt es sich um eine Verabbarung der Entscheidung, um wie weit. Wir wollen nur Zeit gewinnen, um zu einem endgültigen Abkommen zu gelangen. Das hohe Haus soll uns durch diesen Entwurf diejenige Zeit geben, die wir hierfür notwendig brauchen. Der deutsche Hofkanzler in Washington gibt der Jenerzeit Ausdruck, daß über Jahresfrist ein Handelsvertrag zu Stande kommen werde. Die verbündeten Regierungen wollen alle Mittel erschöpfen, um zu einem friedlichen Abschluß zu kommen. Deshalb bitten wir um Annahme. (Es erfolgt kein einziges Bravo.) — Abg. Graf Schwerin (Kauf.): Wir wollen erst in schmerzender Resignation diese bittere Pille schlucken, aber ganz bestimmte Gründe zwingen uns zum Reden. Die Landwirtschaft hat kein zu großes Interesse an dieser Frage, anders die Industrie, die in Amerika so viele Schlägen zu erleiden hatte. Die sehr große Mehrheit meiner politischen Freunde ist der Ansicht, daß die Union aus Gegenleistungen zu gewähren habe; volle Gegenseitigkeit zwischen beiden Staaten ist herbeizuführen. Was die Vertragsstaaten sich mit Opfern erlauben wollten, darf der Union nicht unentgeltlich gewährt werden. (Sehr richtig!) Eine Reihe europäischer Staaten haben die Union bereits differenziert. Die Androhung eines Zollkrieges gegen Deutschland ist nach diesem Vorgange unangebracht und würde eine unbillige Behandlung Deutschlands in sich schließen. (Sehr richtig!) Aber dies verlegt unser Nationalgefühl in erheblicher Weise. (Sehr richtig!) Nachdem die Union 16 Monate unserer Vertragspartner genossen hat, wird sie nicht mehr sehr entgegenkommend sein. (Sehr richtig!) Amerika muß uns entweder entgegenkommen oder es gibt Zollkrieg! (Sehr richtig!) Durch dieses Provisorium wird die Sachlage zu unseren Ungunsten verschoben. (Sehr richtig!) Die Union wird später Abstriche an unserem Konventionstabelle wünschen, was höchst unerwünscht ist. (Sehr richtig!) Da wie die Konvention vor Amerika nicht mitmachen wollen, stimmen wir gegen das Provisorium. (Beifall rechts.) — Abg. Mollenhuth (Soz.): Wir aber können für das Beste, da es eine Gleichrichtung des Verkehrs in sich birgt. — Abg. Derold (Z.): Das Schutzvollkommen ist für uns absolut notwendig, auch für die Arbeiter. Der Freihandel schädigt die Arbeiter am allermeisten. Die Vorlage hat uns unangenehm überrascht. Der Zolltarif vom 25. Dezember 1902 ist unser General- und Normaltarif. Wer niedrigere Sätze will, muß auch uns Zugeständnisse machen. (Sehr richtig!) Dem widerspricht die Vorlage. Sie widerspricht den Aussagen der Regierung. (Sehr richtig!) An die Vorlage können wir nur herantreten, weil sie ein Provisorium ist. Die Verhandlungen erfordern viel Zeit; um diese zu gewinnen, wollen wir der Vorlage zustimmen, aber nur als Provisorium. Freilich ist die Zeit hierfür reichlich lang, aber die Verhältnisse erfordern diese. In den Verhandlungen mit der Union darf nur der Generaltarif die Grundlage bilden. (Sehr richtig!) An diesem Abkommen ist in erster Linie die Industrie interessiert, aber ein Zollkrieg schlägt schwere Wunden. Alle Geschäftsbeziehungen werden hierdurch abgebrochen. Die Einführung eines Generaltarifs ist nur ein Akt der Gerechtigkeit gegen Amerika. Zeigen die Amerikaner auch ferner die selbsterhebliche Hartnäckigkeit, so muß unser Generaltarif eingeführt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Zollkrieg entsteht. Der Antrag der Regierung die Vollmacht zu geben, nur für einen Teil die Weißbegünstigung zu geben, ist für uns unannehmbar, er ändert nichts. Wir stimmen dem Provisorium zu, aber unter der Voraussetzung, daß es ein Provisorium bleibt und dann ein endgültiges Abkommen sich anschließt. (Beifall im Zentrum.) — Abg. Kämpf (fr. Sp.): Der Abschluß des Provisoriums ist eine Tat des gesunden Menschenverstandes und muß von uns genehmigt werden. — Abg. Dr. Baasche (Nat.): Ein großer Teil meiner Freunde stimmt für den Entwurf. Freilich haben die Amerikaner keine Spur eines Entgegenkommens gezeigt. Wir hoffen aber auf einen verständigen modus vivendi mit Amerika. — Abg. Dose (fr. Sp.): Wir sind vom Entwurfe auch unangenehm berührt, aber nicht überrascht. Es mußte so kommen mit dem elenden Werkzeuge des Zolltarifs. Jetzt ist nichts zu machen, als den Entwurf anzunehmen. — Abg. Liebermann von Sonnenberg (B. Ver.): Der Bund der Landwirte hat stets die Zusammengehörigkeit von Industrie und Landwirtschaft betont; beide müssen gefördert werden. Aber der Entwurf bringt dies nicht. Den Zolltarif haben wir nicht zu fürchten, wir können Baumwolle in Liverpool kaufen, so viel wir wollen. Die Industrie fährt immer noch besser, wenn sofort der Zollkrieg kommt als später. — Die erste Lesung ist damit geschlossen. Zur zweiten Lesung bringt Herr v. Dehl (nat.-lib.) den Antrag ein, nur einen Teil der Vereinbarungen an Amerika einzuräumen. — Staatssekretär Graf v. Posadowsky kann den Antrag Dehl nicht empfehlen. Es wäre die Annahme des Antrages taktisch nicht richtig, er würde mißglückterweise den beabsichtigten Erfolg nicht herbeiführen. —

Abg. Semmler (nat.-lib.) wirft die Frage auf, welchen Teil dem der Abg. Dehl v. Herzogheim ausbleiben würde aus dem zu vereinbarenden Provisorium. Die landwirtschaftlichen Produkte von Nordamerika brauchen wir, wir können sie von dem Provisorium nicht ausschließen. Die industriellen Produkte aber, die Nordamerika bei uns einführt, sind von keiner erheblichen Bedeutung. Wenn wir dieselben von dem Provisorium ausnehmen, so haben wir finanziell nur einen unerheblichen Vorteil, riskieren aber mit Nordamerika in einen Zollkrieg verwickelt zu werden, der unsere Interessen schwer schädigen würde. Er hofft, daß in Nordamerika die bessere Einsicht unter der Masse der Bevölkerung sich Bahn breche und die hochschuppigen Interessen der Regierung zurückgedrängt werden. — Abg. Bernheim (Soz.): Schöppel habe mit seiner Sympathie für die Schutzleute unter der Sozialdemokratie völlig da. Ein großer Teil der Industriellen schone mit großer Sorge dem Provisorium entgegen, in welchem die Handelsverträge in Kraft treten. Ein Zollkrieg schlage heißen Staaten Kündigen. Die Amerikaner wissen sehr wohl, welche Mittel wir brauchen, sie können uns den Bezug der für uns notwendigen Baumwolle verweigern. Redner hält den Antrag Dehl für ein totes, lebendes Kind, aber das er kein weiteres Wort darüber wolle. — Graf von Posadowsky: Der Antrag Dehl bezweckt eine Einschränkung der freien Aktion der Regierung. — Abg. Herr v. Dehl (nat.-lib.) erwidert, daß der Resignationsgedanke durch die Beschränkung des Provisoriums auf bestimmte Artikel gebildet und unsere Position gebessert werde. — Staatssekretär von Posadowsky: Das Provisorium enthält keine sachliche Entscheidung, während dagegen der Antrag Dehl eine solche intendiert und Wünschenswertes zu erwecken geeignet ist. — Bei der Abstimmung wird der Antrag Dehl abgelehnt, und das Provisorium nach dem Vorschlage der Regierung angenommen.

Es folgt die Beratung des Justiztarifs. — Abg. Bören (Zentr.) bemerkt, daß die Anforderungen Wasserrechts bezüglich der lex Peinze mit seinen (des Redners) Ansichten übereinstimmen. Er hofft, daß die Zeit nicht fern sei, wo wir in voller Einigkeit den Schmutzvertrieb bekämpfen. Die Anwendung der lex Peinze sei die Hauptsache, auch das beste Gesetz hat seinen Wert, wenn es nicht richtig angewendet werde. Es ist jetzt schon die schamlose Konkurrenz in den Wirtschaften unterdrückt worden. Ein sehr empfehlenswertes Buch habe Redner in München verfaßt, um den unbilligen Annoncen entgegenzutreten. Für Annoncen werde 1 Million Mark ausgegeben, woraus zu schließen sei, in wie vielen Millionen von Exemplaren die unbilligen Photographien verbreitet und insbesondere der herausgehobenen Jugend großflächig gemacht werden. Redner sieht auf dem Standpunkt des Geistes- und des Geistes. Er verweist auf einen stützlosen Prospekt der Lebenskraft einziger Kapitel und bemerkt, daß dieser Prospekt unter Jünglinge des Gymnasien usw. verteilt worden sei.

Die Weiterberatung wird auf Freitag 1 Uhr vertagt. Schluß 1 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 23. Februar 1906.

Der König von Schweden traf am Donnerstag abend, vom Kaiser am Bahnhof empfangen, in Berlin ein. Der Kaiser geleitete den König in geschlossenem Zwischenzimmer zum königlichen Schlosse.

Marginal Kopp hat verfügt, daß am Vorabend der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars das Fest durch feierliches Gelächte eingeleitet wird. Am Festtage selbst soll in allen Pfarrkirchen ein feierliches Dankgottesamt mit Te Deum stattfinden. Am Sonntag, den 25. Februar, ist in der Predigt auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen und sind die Gläubigen zur Teilnahme am Festgottesdienste einzuladen.

Am Donnerstag vormittag fand in Berlin die feierliche Einweihung der Gedächtnishalle in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnishalle in Gegenwart des Kaisers, der Kronprinzen, der Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses und zahlreicher Mitglieder der Hofgesellschaft statt.

Die „Braunschweig. Landeszeitung“ schreibt: „Alle diejenigen, die auf eine Annäherung des Kaisers und des Herzogs von Cumberland in Kopenhagen rechneten, haben vorher acht gelassen, daß dazu gar keine Aussichten vorhanden waren, weil der Herzog von Cumberland erst im September v. J. gegenüber einer Botschaftermission aus Braunschweig, die eine ganze Woche seine Gastfreundschaft genossen, aller Bemühungen derselben ungeachtet, die bestimmteste Behauptung erklärt hatte, irgend einen Schritt in die Annäherung zwischen ihm und dem Kaiser hätte betreiben können. Das müßte mit aller nur möglichen Schärfe jetzt gegenüber den vielfachen interessierten Verwicklungen Verbalen festgesetzt werden, die darauf abzielen, die Meinung in weiteren Kreisen herbeizuführen, als sei Aussicht auf eine gelegentliche verbindliche Festsitzung der zwischen Preußen und dem Herzog bestehenden Entfremdung vorhanden. Gerade das Gegenteil sei war.“ Die Braunschweig. Landeszeitung erklärt sich sogar bereit, die Namen der Personen zu nennen, die sich zu ihrer Festsetzung davon überzeugen mußten, daß der Herzog unentwegt auf seinem alten ablehnenden Standpunkte verharret.

Ueber ein Zusammenreffen des Kaisers mit König Eduard wird der „Täg. Rundsch.“ auf grund zuverlässiger Orientierung in dortigen Kreisen gemeldet, daß König Eduard seinem Schwager, dem Könige der Belgien, Ende April oder Anfang Mai einen Besuch aus Anlaß der olympischen Spiele abstatten wird. Bei dieser Gelegenheit dürfte auch der Deutsche Kaiser auf seiner Mittelmeerreise in Griechenland weilen und dort mit seinem Onkel eine Zusammenkunft haben. Daß zwischen dem Kaiser und König Eduard ein freundschaftlicher Briefwechsel seit einiger Zeit wieder aufgenommen worden ist, wird dem genannten Blatt gleichfalls zuverlässig bestätigt.

Die Budgetkommission des Reichstages schloß am 22. d. M. die Beratung des südafrikanischen Etats fort. Kalkhoff (Ztr.) fragt an, wo denn das Programm der Regierung für die Wasserregulierung sei; es schiene ihm, daß ganz systemlos vorgegangen werde. So werde nur Geld verbraucht, ohne daß man etwas Ersprießliches leisten könne.